

AfD-Landesverband Sachsen – Landesvorstand, Ostra-Allee 35, 01067 Dresden

Vorab per Telefax 0351-4 46 20 50
An die
Staatsanwaltschaft Dresden
Lothringer Str. 1

01069 Dresden

Dresden, den 28. August 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Partei „Alternative für Deutschland“ - Landesverband Sachsen -, vertreten durch den Vorsitzenden, Herrn Jörg Urban. MdL, AfD Landesvorsitzender Sachsen, Ostra-Allee 35, 01067 Dresden

erstattet hiermit

S t r a f a n z e i g e

gegen

Herrn Michael Kretschmer, Ministerpräsident,

wegen des Verdachts der Anstiftung zum Verbrechen der Rechtsbeugung § 339 StGB, § 26 StGB sowie wegen des Verdachts der Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat, § 357 StGB i.V.m. § 339 StGB;

Herrn Prof. Dr. Günther Schneider, Staatssekretär und Amtschef, Sächsisches Staatsministerium des Innern

wegen des Verdachts der Anstiftung zum Verbrechen der Rechtsbeugung § 339 StGB, § 26 StGB;

Frau Carolin Schreck, Landeswahlleiterin und Vorsitzende des Landeswahlausschusses

Herr Freundorfer, Beisitzer im Landeswahlausschuss

Herr Grundmann, Beisitzer im Landeswahlausschuss

Herr Israel, Beisitzer im Landeswahlausschuss

Frau Rericha, Beisitzerin im Landeswahlausschuss

Herr Weise, Beisitzer im Landeswahlausschuss

wegen des Verdachts des Verbrechens der Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB;

Herrn Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern,

wegen des Verdachts der Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat, § 357 StGB i.V.m. § 339 StGB

und bittet um Aufnahme der Ermittlungen.

A. Sachverhalt

Am 5. Juli 2019 „verhandelte“ der Sächsische Wahlausschuss in im Amt des Statistischen Landesamtes in Kamenz über die Zulassung von Landeslisten zur Landtagswahl 2019. Dabei wurde insbesondere beschlossen, dass die Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen mit ihrer Landesliste ab Listenplatz 19 nicht zur Landtagswahl 2019 zugelassen wird.

Die inkriminierte Entscheidung liegt nicht in verschriftlichter Form vor. Das Statistische Landesamt hat sich in einer Medieninformation zu dem Vorgang geäußert: „Im Kern ging es um die Frage, ob es sich bei den verschiedenen Landesparteitagen vom Februar und März 2019 um eine einheitliche Aufstellungsversammlung handelte. Auf der Grundlage des Akteninhaltes wurden Formalien, wie etwa Angaben zu den Einladungen, zu den Ta-

gesordnungen, den Teilnehmerzahlen und insbesondere zum Ablauf des Bewerberaufstellungsverfahrens erörtert. Der Landesparteitag im Februar 2019 beschloss für die Listenplätze 1 bis 61, also für alle Listenplätze, die Kandidaten im Einzelwahlverfahren zu wählen. Der Landesparteitag im März 2019 befasste sich erneut mit dem Wahlverfahren und änderte den Beschluss vom Februar ab, so dass ab der Listenposition 31 das Blockwahlverfahren zur Anwendung kam. Die notwendige Chancengleichheit aller Bewerberinnen und Bewerber im Verfahren der Kandidatenaufstellung war nach Ansicht des Landeswahlausschusses damit nicht gegeben. Für die Einordnung als zwei getrennte Aufstellungsver sammlungen sprachen zudem die fehlende Personenidentität der im Wahlgesetz vorgesehenen maßgeblichen Personen (u. a. Versammlungsleiter sowie Personen, die eine eidesstattliche Versicherung abzugeben haben). Im Ergebnis der ausführlichen Erörterung lagen nach Auffassung des Landeswahlausschusses die zwingenden Voraussetzungen des § 21 SächsWahlG zur Aufstellung von Parteibewerbern nicht vor.“

Landeswahlleiter, Medieninformation 17/2019, Seite 3, **Anlage I.**

Besonders betont wurde von Frau Schreck gegenüber der Öffentlichkeit, dass der Landeswahlausschuss keine andere Entscheidung hätte treffen können.

Anlage I, Seite 3.

Zur Vorgeschichte und zum Sachverhalt im Übrigen wird auf die zutreffende gerichtliche Sachverhaltsdarstellung durch den Verfassungsgerichtshof verwiesen.

Urteil VerfGH, **Anlage II.**

Ein Mitglied der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herr Carsten Hütter, hatte am 23.7.2019 die Anfrage 6/18461 an die Staatsregierung zu Kontakten zwischen der Landeswahlleiterin und anderen Teilen der Staatsregierung gestellt. Diese wurde nun von Staatsminister Prof. Dr. Wöller fristgerecht beantwortet.

Antwort Wöller, **Anlage III.**

In dieser Antwort heißt es: „Das Mängelschreiben der Landeswahlleiterin an die AfD vom 19. Juni 2019 wurde dem Staatsministerium des Innern am gleichen Tage durch den Leiter des Referats 13 – „Recht, Wahlen, Volksentscheide“ – des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen nachrichtlich übermittelt. Nach Kenntnisnahme telefonierte der Leiter des Referates 21 – „Verfassungs-, Verwaltungsrecht, Normprüfung, Parlamentarische Wahlen, Glücksspielrecht“ im Staatsministerium des Innern (SMI) im Rahmen seiner Zuständigkeit am 20. Juni 2019 mit dem stellvertretenden Landeswahlleiter und am 25. Juni 2019 mit der Landeswahlleiterin. Er wies dabei jeweils auf aus seiner Sicht bestehende rechtliche Bedenken gegen die im Schreiben vertretene Rechtsauffassung zum Erfordernis einer einheitlichen Aufstellungsver sammlung hin und regte eine nochmalige Prüfung an. Die Prüfung wurde durch die beiden genannten Gesprächspartner jeweils in Aussicht gestellt.“

Antwort Wöller, **Anlage III**, Seite 2.

Außerdem werden in der Antwort der Staatsregierung Kontakte zwischen Innenstaatssekretär Prof. Dr. Schneider und Frau Schreck in den Tagen vor der inkriminierten Entscheidung des Landeswahlausschusses eingeräumt. Der Staatssekretär des SMI soll dabei angeblich inhaltlich nicht mit Frau Schreck über die beabsichtigte Entscheidung zur AfD-Liste gesprochen haben - dies obwohl es Gespräche vor der Listenstreichung am 05. Juli zwischen beiden im Zusammenhang mit der Liste gab.

Am 19. Juni soll sich der Staatssekretär telefonisch nach Fristen für die AfD im Zusammenhang des Mängelschreibens vom gleichen Tag gefragt haben. Am 3. Juli soll es dann nur um die "Sicherheitslage im Hinblick auf die zunehmenden öffentlichen Diskussionen" gegangen sein. Der Staatssekretär habe Frau Schreck "unter Bezug darauf versichert, im Hinblick auf mögliche Bedrohungen jederzeit für sie erreichbar zu sein".

Antwort Wöller, **Anlage III**, S. 3.

Über diese nunmehr öffentlich zugänglichen Informationen hinaus haben wir aus weiteren Quellen ernst zu nehmende Hinweise auf folgenden Geschehensablauf, der mit den öffentlich zugänglichen Informationen kompatibel ist und der mit strafprozessualen Instrumentarien auszuermitteln ist:

Der Leiter des Referats 21, Herr Burkhard Kurths, habe nach dem Erhalt des „Mängelschreibens“ jeweils mehr als einmal telefonisch mit Landeswahlleiterin Schreck und ihrem Stellvertreter gesprochen, um zu versuchen, diese von ihrem sich abzeichnenden „qualifiziert rechtswidrigen“ Vorhaben abzubringen. Er sei sogar so weit gegangen, mit dem Auto von Dresden nach Kamenz zu fahren, um die Landeswahlleiterin in dieser Angelegenheit zur Rede zu stellen.

Ermittlungsansätze: Zeugnis Burkhard Kurths, zu laden über das Innenministerium

Andererseits sei Frau Schreck von Innenstaatssekretär Professor Schneider vermutlich im Auftrag des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in den Tagen zwischen dem Mängelschreiben der Landeswahlleiterin (19. Juni) und der inkriminierten Entscheidung des Landeswahlausschusses vom 5. Juli 2019 in der entgegengesetzten Richtung bearbeitet worden. Ihm sei es gelungen, die Landeswahlleiterin zur Beibehaltung ihrer „Rechtsauffassung“ zu bewegen, die nach den Feststellungen des Verfassungsgerichtshofes in einer Weise „qualifiziert rechtswidrig“ war, die qualitativ mit Missbrauch und Willkür gleichzuachten ist.

Ermittlungsansätze: Zeugnis Burkhard Kurths, zu laden über das Innenministerium, Prof. Dr. Günther Schneider, zu laden über das Innenministerium, Carolin Schreck, zu laden über das Statistische Landesamt, Robert Kluger, zu laden über das Statistische Landesamt, Michael Kretschmer, zu laden über die Staatskanzlei

Zur weiteren „Bestärkung“ der Landeswahlleiterin habe in jenen Tagen auch eine Gesprächsrunde zwischen Innenstaatssekretär Professor Schneider, Landeswahlleiterin Schreck, dem stellvertretenden Landeswahlleiter Robert Kluger und einem uns bisher namentlich nicht bekannten Bundespolitiker stattgefunden.

Ermittlungsansätze: Zeugnis Prof. Dr. Günther Schneider, zu laden über das Innenministerium, Carolin Schreck, zu laden über das Statistische Landesamt, Robert Kluger, zu laden über das Statistische Landesamt,

Es liegt vor diesem Hintergrund nahe, dass Innenminister Wöller den Innenstaatsekretär jedenfalls hat gewähren lassen, was zu ermitteln ist.

Nach der Entscheidung vom 5. Juli 2019 hat die AfD Sachsen den o.g. Mitgliedern des Landeswahlausschusses, die die inkriminierte Entscheidung mitgetragen hatten, noch einmal Gelegenheit gegeben, ihre, wie der VerfGH später feststellte, „qualifiziert rechtswidrige“ Entscheidung zu korrigieren.

AFD-Schreiben an Landeswahlausschuss, **Anlage IV.**

Die Verdächtigen handelten jedoch nicht.

Auch die Aufsichtsbehörden in Person von Ministerpräsident Kretschmer sowie Innenminister Prof. Dr. Wöller wurden von der AfD Sachsen wie folgt zum Eingreifen aufgefordert:

„Dresden, den 12. Juli 2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

als Chef der Staatsregierung sind Sie zusammen mit Ihren Kabinettskollegen unmittelbar von Verfassungen wegen verpflichtet, die Bindung Ihrer nachgeordneten Behörden sowie der gesamten öffentlichen Verwaltung des Freistaates an Recht und Gesetz sicherzustellen.

Der Sachverhalt ist Ihnen bekannt. Ich fordere Sie hiermit auf, unverzüglich dieser Verpflichtung nachzukommen und auf den Innenminister sowie den Landeswahl-ausschuss selbst dahingehend einzuwirken, seine rechts- und verfassungswidrige Entscheidung vom 5. Juli 2019, die Listenplätze 19-61 der Landesliste der Partei „Alternative für Deutschland“ zu streichen, unverzüglich zu korrigieren.

Selbstverständlich sind alle Stellen der Verwaltung zur Selbstkontrolle und Selbst-korrektur berechtigt und in Fällen wie diesem auch verfassungsrechtlich verpflichtet, auch wenn das Gesetz Rechtsmittel ausschließt.

Hochachtungsvoll“

Und entsprechend an Wöller:

„Dresden, den 12. Juli 2019

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

Sie sind von Verfassungen wegen verpflichtet, die Bindung ihrer nachgeordneten Behörden an Recht und Gesetz sicherzustellen.

Der Sachverhalt ist Ihnen bekannt. Ich fordere Sie hiermit auf, unverzüglich dieser Verpflichtung nachzukommen und auf den Landeswahlausschuss dahingehend einzuwirken, seine rechts- und verfassungswidrige Entscheidung vom 5. Juli 2019, die Listenplätze 19-61 der Landesliste der Partei „Alternative für Deutschland“ zu streichen, unverzüglich zu korrigieren.

Selbstverständlich sind alle Stellen der Verwaltung zur Selbstkontrolle und Selbst-korrektur berechtigt und in Fällen wie diesem auch verfassungsrechtlich verpflichtet, auch wenn das Gesetz Rechtsmittel ausschließt.

Hochachtungsvoll“

Weder Kretschmer noch Wöller haben daraufhin etwas unternommen. Offenbar hofften sie darauf, der Verfassungsgerichtshof werde an seiner Rechtsprechung zur Unzulässigkeit von Verfassungsbeschwerden zu Wahlsachen vor der Wahl festhalten. Der VerfGH hat dann aber bestätigt, dass Kretschmer und Wöller gegen offenkundige „qualifizierte Rechtswidrigkeit“ eben nichts unternommen haben.

Die AfD Sachsen hat überdies nach den Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes sowohl Kretschmer als auch Wöller nochmals zur Abberufung der Landeswahlleiterin aufgefordert, was jederzeit aus sachlichem Grunde zulässig ist. Hierdurch sollte eine wenigstens im Übrigen faire Wahl sichergestellt werden. Auch auf diese Aufforderung haben beide nichts unternommen, ja die AfD Sachsen hat nicht einmal eine Antwort erhalten.

B. Strafrechtliche Würdigung

Der Landeswahlausschuss in seiner konkreten Zusammensetzung zum Zeitpunkt der inkriminierten Entscheidung mit Ausnahme des Vertreters der AfD Dr. Scheffer hat eine Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB begangen. Der Vertreter der AfD hat der Nichtzulassung der AfD Landesliste nicht zugestimmt und kann infolge dessen nicht Täter sein. Die Täterschaft ist entsprechend einem Kollegialgericht für jene Beteiligte ausgeschlossen, die die inkriminierte Entscheidung nicht mitgetragen haben (BGH, GA 58, 241).

I. Insbesondere: Vorsatz

Das Auseinanderklaffen der Standpunkte zum Thema der „unitarischen“ Wahlversammlung war spätestens ab 19. Juni, dem Zeitpunkt des Mängelschreibens, bekannt. Der Landeswahlleiterin ist es demnach zuzumuten, sich gesicherte Kenntnisse zu organisieren. Hierzu stand ihr die ganze Organisation und Mitarbeitermacht der sächsischen Staatsregierung zur Verfügung. Von dieser Seite wurde sie sogar sehr hartnäckig durch den zuständigen Leiter des Referats 21 des Innenministeriums, einen ehemaligen Vizepräsidenten der Landesdirektion, auf ihren Fehler hingewiesen. Selbst bei einer Annahme von Indizien für zwei Versammlungen hätte dies keinesfalls dazu führen dürfen, die Liste der AfD ab Platz 18 nicht zuzulassen, wie der Verfassungsgerichtshof ausdrücklich festgestellt hat.

Frau Schreck war in ihrer Laufbahn bereits über Jahre als Kreiswahlleiterin in Bautzen und als stellvertretende Landeswahlleiterin tätig. Hier lassen sich sicherlich bei strafprozessualer Ermittlung Fälle finden, in denen sie eine völlig andere Rechtsauffassung anwandte als der jetzt gegen die AfD ins Feld geführte „qualifiziert rechtswidrige“ Standpunkt der Landeswahlleiterin.

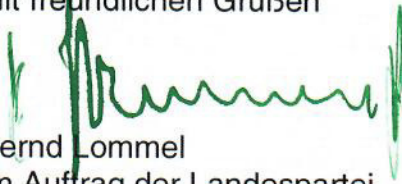
Für die der Anstiftung verdächtigten Personen liegt ein *dolus malus* in Form eigennütziger politischer Motive nahe, was mit strafprozessualen Methoden auszuermitteln ist.

II. Insbesondere: Schuld

In Person von Frau Schreck mag schuld mindernd der Druck in Betracht kommen, den man von Regierungsseite auf sie ausgeübt haben mag. Ermöglicht wurde dies insbesondere durch die bloße Abordnung auf den Posten der Präsidentin des Statistischen Landesamtes für ein Jahr. Lediglich für das Nebenamt der Landeswahlleiterin wurde die dort im Hinblick auf § 1 Abs. 1 LWO rechtswidrige Ernennung auf begrenzte Zeit nachträglich umgewandelt in eine Ernennung auf unbestimmte Zeit. Auch diesbezüglich sind die genauen Zusammenhänge strafprozessual zu ermitteln.

Im Übrigen ist bei allen Beschuldigten der große Schaden für die Demokratie, der nur durch ein nicht vorhersehbares äußerst ungewöhnliches Urteil des Verfassungsgerichtshofes abgemildert werden konnte, strafscharfend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Lommel
Im Auftrag der Landespartei